

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschuss für Stadtentwickluniges

am Dienstag, dem 14.02.2006

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 10.01.2006
- 3 05 - 14 0392/2006 Baumaßnahmen in der Innenstadt;
hier: Christoffelstraße, Fischerort und Alter Markt
- 4 05 - 14 0385/2006 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr"
- 5 06 - 14 0386/2006 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 6 "Bauen und Umwelt"
- 6 05 - 14 0390/2006 61. Änderung des Flächennutzungsplanes - Darstellung einer
Sonderbaufläche „Einzelhandel mit Wohnungen“ und 9. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. E 17/1 - Hafenstraße -;
hier: 1) Bericht zu den durchgeführten Beteiligungen der Öffentlichkeit und
den Beteiligungen der Behörden
2) Beschlüsse zu den Offenlagen
- 7 05 - 14 0403/2006 62. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend Darstellung der
Rheinpromenade als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
„Rheinpromenade“ und 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. E 18/9
-Rheinpromenade / Steinstraße-;
hier: 1) Bericht zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
2) Beschluss zur Offenlage
- 8 05 - 14 0398/2006 Parksituation Fischerort und Alter Markt;
hier: Eingabe von Herrn W. Evers
- 9 05 - 14 0397/2006 Ausbauplanung Fischerort;
hier: Eingabe von Herrn Raimund Brömmel
- 10 05 - 14 0400/2006 Verkehrslenkung im Zuge der Baumaßnahme „Wassertor“;
hier: Eingabe von Herrn Werner Steyer und Frau Helga Steyer
- 11 05 - 14 0402/2006 Verkehrsführung in Praest;
hier: Eingabe des Ortsvorstehers Herrn Wilh. Nakath

12 06 - 14 0401/2006 Antrag auf vereinfachte Veränderung des Bebauungsplanes Am Stadtgarten/'s-Heerenberger Straße für Gebäude Doppelhaushälfte ,s-Heerenberger Str. 142, 46446 Emmerich am Rhein; hier: Eingabe der Eheleute Michael Trilsbeek

13 Mitteilungen und Anfragen

14 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Lang, Hermann
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bluhm, Lothar
Bongers, Karl-Heinz (für Mitglied Jessner)
Bongers, Sandra
Brink ten, Johannes
Brockmann, Manfred
Elbers, Markus Herbert (für Mitglied Hövelmann)
Fallaschinski, Peter
Faulseit, Michael
Gorgs, Hans-Jürgen (bis 19.30 Uhr)
Hinze, Peter
Janssen, Hans-Willi
Kremer, Helmut
Kulka, Irmgard (für Mitglied Jansen)
Reintjes, Kurt
Segelken, Bernd (für Mitglied Bylaos, ab 17.15 Uhr)
Sickelmann, Ute
Sloot, Birgit
Spiertz, Andre
Tepaß, Udo
Wardthuysen, Günter

Nicht anwesende
Ausschussmitglieder: Byloos, Christoph
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Jessner, Udo

Ratsmitglied mit beratender
Stimme gem. § 58 Abs. 1
S. 9 GO NW: Kukulies, Christoph

Von der Verwaltung: Bürgermeister Diks
Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Siebers
Herr Gürtzgen
Herr Kemkes
Herr Baumgärtner
Herr Runge
Frau Hoffmann als Schriftführerin

Als Gäste: Arch. Herr Killemann (Büro bau-art, Köln, zu TOP 3)
Herr Altzweig (Büro bau-art, Köln, zu TOP 3)
Ortsvorsteher Praest, Herr Nakath

Anwesende Bürger: Herr Helmich
 Herr Dr. Kalde

Vorsitzender Lang eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Einstieg in die Tagesordnung teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 abgesetzt wird und in einer Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 02.03.2006 behandelt wird.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich Herr Helmich, Anwohner der Rheinpromenade, zu Wort und stellt nunmehr folgende Fragen, die er in schriftlicher Form der Verwaltung überlässt:

- Warum wurden die Anwohner der Promenade zum 19.01.2006 ins Rathaus zu einer Bürgerversammlung eingeladen, wenn trotz heftiger Kritik aus dieser Richtung sowieso an den Plänen „eisern“ festgehalten werden sollte?
- Warum schlägt die Verwaltung vorgebrachte Bedenken, die vorgesehenen beiden Bauleitpläne würden weiteren Bauten auf der Promenade Vorschub leisten, in den Wind? Schließlich hat die Stadtverwaltung in der Vergangenheit weder die „Kartoffelkiste“ auf der Promenade verhindert, noch die befristete Baugenehmigung mit einem Gebot zum Abriss weiterverfolgt. Ja, jetzt wurde offensichtlich sogar ein „Face-Lifting“ dieses Schandfleckes ausgekugelt. Wie will die Verwaltung ernsthaft Anträge auf weitere „Kartoffelkisten“ verhindern, wenn sie bereits einmal ja gesagt hat?
- Warum versucht die Verwaltung die Eigeninteressen der Anwohner in den Focus zu stellen? Ist doch die Durchführung der geplanten „Bausünden“, vor allem für alle Besucher (alle Emmericher), durch massive Sichtbehinderungen eine unverzeihliche Abwertung der Promenade, auf die „alle Emmericher“, stolz sein wollen und sollen.
- Warum versucht die Verwaltung sich durch wiederholende Beschwichtigungsversuche die Sichtbehinderungen durch die beiden Baukörper „mitten auf der Promenade“ zu bagatellisieren? Jeder kann sich die massive Sichtbehinderung, vor allem für die Besucher, sehr wohl vorstellen.
- Warum versucht die Verwaltung immer wieder das Arbeitsrecht zu bemühen, um ein Einbeziehen von „Jupiter“ auf der Steinstraße zu verhindern? Wäre diese Behauptung richtig, dürften die städtischen Mitarbeiter im Bürgerbüro, auf eben dieser Steinstraße, dort gar nicht arbeiten. Dort herrschen die gleichen „Tageslichteinstrahlungen“.
- Warum spricht die Verwaltung von einer „Relativierung bei den Kosten“ für den Neubau des ICE-Pavillon, wenn sie von den zu vergleichenden Mietkosten für einen Umbau ausgeht?

Meines Wissens liegen die Mietkosten noch niemandem vor. Warum der Vorteil eines Verschwindens von zwei Leerständen (einem bereits vorliegenden und einem aus der Maßnahme resultierenden) keine Erwähnung fand, kann sicher noch erklärt werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht den Vorschlag, dass diese Fragen in der Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 02.03.2006 beantwortet werden. Damit erklärt sich Herr Helmich einverstanden.

Nunmehr meldet sich Herr Dr. Kalde, ebenfalls Anwohner der Rheinpromenade, zu Wort. Er teilt mit, dass er sich bereits mehrfach schriftlich zu diesem Thema geäußert habe. Er ist sehr verwundert darüber, dass es seitens der Verwaltung keinerlei Versuche gibt, mit den Betroffenen das Gespräch zu suchen. Der Erörterungstermin am 19.01.2006 stellt für ihn nur ein „Schönheitspflaster“ auf einem Verwaltungsverfahren dar. Fragt man die Emmericher Bevölkerung zu diesem Thema, hört man auch dort sehr viel Kritik. Hierauf teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass Gespräche jederzeit möglich sind; in der Vergangenheit wurde das immer wieder bewiesen. Von Herrn Dr. Kalde und auch anderen Kritikern wird das Thema über die Presse ausgetragen

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 10.01.2006

Vorsitzender Lang berichtet, dass er bei dem Tagesordnungspunkt 3 der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 10.01.2006 an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen hat.

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden weitere Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 05 - 14 0392/2006 Baumaßnahmen in der Innenstadt ; hier: Christoffelstraße , Fischerort und Alter Markt

Herr Altzweig erklärt eingehend den aktuellen Planungsstand anhand der Punkte 1 bis 7 der Beschlussfassung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 22.11.2005 mit einer Powerpoint-Präsentation.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass sie diese Maßnahme ablehnt. Die Umbaumaßnahme an dieser Stelle ist nicht dringend erforderlich. Die Gebrauchsfähigkeit des Belages der Kaßstraße ist nach wie vor in Frage zu stellen. Ferner ist anzumerken, dass eine Verengung des Platzes „Alter Markt“ vorgenommen wird, da vor den Geschäften „Meenen“ und dem Modegeschäft der Vorplatz gebildet und ausgeweitet wird. Die Situation ist ungünstig, wenn aus der Straße Fischerort der Verkehr kommend in Richtung Tempelstraße bewegt. Durch den dort zukünftig anfallenden An- und Abfahrverkehr wird eine Engpasssituation geschaffen. Hinsichtlich der derzeitigen Parksituation am Fischerort, links entlang der Häuserzeile, ist anzumerken, dass darauf geachtet werden sollte, die Hauseingänge für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen frei und begehbar zu halten. Bei der Schrägaufstellung des Parkens am Fischerort sind Neupflanzungen von Bäumen vorgesehen; sie fragt an, wie nah die Bäume an die Häuserfront gepflanzt werden. Zum Schluss merkt sie noch an, dass zugesichert worden war, die Behindertenparkplätze dem Sanitätshaus zuzuweisen und stellt in Frage, ob die Aufstellungsorte der Fahrradständer sinnvoll gewählt sind.

Herr Altzweig teilt mit, dass die Baumart „Baumhasel“ für die Neupflanzung vorgeschlagen wird; es sind kleinkronige Bäume. Als weitere Bäume werden „Heinbuchen“ vorgeschlagen. Auf Wortäußerung von Mitglied Sickelmann erwidert Herr Kemkes, dass die Baumschutzsatzung in diesem Bereich nicht greift.

Auf Anfrage von Mitglied Tepasß teilt Herr Killemann mit, dass auf dem Alten Markt 21 Parkplätze geplant sind. Auf weitere Anfrage hinsichtlich der Problematik der Müllcontainer Christoffeltor teilt er mit, dass diese auf der zukünftigen Muschelkalkfläche stehen würden. Um dies zu verhindern, wurde eine zentrale Stelle geplant, ohne jedoch schon jetzt zu wissen, wie viele Mülltonnen es letztendlich werden. Hierzu hat Herr Altzweig eine kleine Skizze erläutert; diesbezügliche Planungen befinden sich noch in den Anfängen.

Hinsichtlich der Behindertenparkplätze führt Herr Kemkes aus, dass sich derzeit 2 Behindertenparkplätze im Eingangsbereich des Alten Marktes befinden. Die Anregung, vor dem Sanitätshaus Behindertenparkplätze einzurichten, wird die Verwaltung aufnehmen und prüfen. In Bezug auf die Parksituation südlich der Häuserzeile (Fischerort) ist anzumerken, dass zwischen dem eigentlichen Parkstreifen und der Häuserzeile ein Gehwegbereich verbleibt. Dieser wird sowohl optisch als auch baulich von dem Fahrbahnbereich abgesetzt

Mitglied Kukulies teilt mit, dass er das Gesamtkonzept befürwortet. Er regt an, das sogenannte „Blaue Band“ über den Alten Markt und Fischerort weiterzuführen. Hierauf erwidert Herr Kemkes, dass der Geschäftsbereich des Fischerortes durch die Materialwahl in die Kaßstraße eingebunden wird. Er hält es nicht für erforderlich, das „Blaue Band“ in diesen Bereichen fortzuführen.

Mitglied Spiertz beantragt die separate Abstimmung der Punkte 1 bis 7.

Mitglied ten Brink führt aus, dass gemäß der vorgestellten Planung die sogenannte „Scholle“ stufenmäßig abgesetzt werden soll; er regt jedoch an, aufgrund der Behindertengerechtigkeit auf diese Stufe zu verzichten. Herr Altzweig erklärt, dass die Stufe zum einen als Begrenzung für die parkenden Fahrzeuge dient und zum anderen als starke Abgrenzung der Materialien zu verstehen ist. Sicherlich können an verschiedenen Stellen Absenkungen vorgesehen werden. Herr Killemann macht deutlich, dass seinerseits ungerne auf den Niveauunterschied der Scholle verzichtet wird.

Auf Anfrage von Mitglied ten Brink hinsichtlich der Begrünung antwortet Herr Altzweig, dass die vorgestellte Planung die endgültige Begrünung darstellt. Herr ten Brink weist darauf hin, dass bei den 3 geplanten Bäumen im Fischerort die Kronenausbildung in Höhe der Wohnzimmer erfolgt. Herr Killemann erläutert, dass die Bäume nicht zwingend notwendig sind.

Herr Killemann erklärt bezüglich der Sichtachse PAN, dass diese über Tempelstraße und Ölstraße bis zum Nonnenplatz führt. Diese Sichtachse erhält begleitend lineare Elemente (Steelen). Die geplante Anordnung der Leuchten steht nicht in der Sichtachse zum PAN und auch nicht in der vorhandenen Achse der Beleuchtung Nonnenplatz.

Mitglied ten Brink macht darauf aufmerksam, dass der Anlieferverkehr für die Gastronomie Teutenberg u. a. größerer Verkehr (wie z. B. Umzug) nicht gewährleistet ist. Herr Killemann erwidert, dass dies bislang nicht berücksichtigt wurde, aber selbstverständlich in die weitere Planung einfließen wird.

Weiter führt Mitglied ten Brink aus, dass das Straßenpflaster Fischerort/Tempelstraße analog dem Betonpflaster der Wollenweberstraße ausgeführt werden soll. Er fragt an, ob zwei verschiedenformatige Steine gewählt werden könnten, um diese dann evtl. in einem Muster zu verlegen. Herr Killemann nimmt diese Überlegung auf und schlägt vor, eine entsprechende Musterfläche zu legen.

Mitglied Kulka geht nunmehr auf die Problematik der Mülltonnen ein. Sie fragt an, ob diese Vorgehensweise mit den dortigen Bewohnern der Häuser abgestimmt ist. Herr Killemann erläutert, dass sich derzeit sehr viele Mülltonnen in dem Bereich befinden, was aber auch auf die Baustelle Rheinpromenade zurückzuführen ist. Fakt ist allerdings, dass die Mülltonnen an der bisherigen Stelle nicht bleiben können, daher wurde seitens der Planer dieser Sammelplatz vorgeschlagen. Mitglied Kulka weist darauf hin, dass die angedachte Müllfläche sich in der Planung in einer evtl. zu bewirtschaftenden Fläche befindet; im Sommer würde dies zu Belästigungen führen.

Herr Kemkes ergänzt die Ausführungen von Herrn Killemann dahin gehend, dass selbstverständlich mit den Betroffenen Gespräche geführt werden, um letztendlich eine genaue Anzahl der dort verbleibenden Müllgefäße zu erhalten. Weitere Lösungsmöglichkeiten würden dann mit den Betroffenen besprochen werden.

Mitglied Tepsaß wirft ein, dass jeder Hauseigentümer dafür zu sorgen hat, dass ein Platz für Müllgefäße vorhanden ist. Auch er spricht sich gegen die vorgestellte Lösung aus.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs spricht sich dafür aus, dass man der Vorgehensweise von Herrn Kemkes folgt. Die Verwaltung sucht die Gespräche mit den Anwohnern, um zu einer Lösung zu kommen. Aufgrund der baulichen Situation im innerstädtischen Bereich ist nicht immer die Möglichkeit gegeben, die Mülltonnen im Keller o. ä. unterzubringen.

Mitglied Slot teilt mit, dass dieses Problem in der Stadt Maastricht hervorragend gelöst ist. Dort hat man eine zentrale Müllstelle eingerichtet, wo der Entsorger einen entsprechenden Code eingibt, um dann seinen Müll zu entsorgen; dies könnte auch unterirdisch erfolgen.

Hierauf teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass von Herrn Beckschaefer bereits im letzten Jahr eine entsprechende Anfrage gestellt wurde. Die Beantwortung in Zusammenarbeit mit der Fa. Schönackers sah so aus, dass es technisch durchaus machbar ist, aber mit einem hohen Kostenaufwand verbunden ist (Installation der Mülltonnen bis hin zur entsprechenden Einrichtung der Müllfahrzeuge). Die Kosten wären durch die Gebührenpflichtigen zu tragen. Der erzielte Effekt steht in keiner Relation zu den anfallenden Kosten.

Mitglied Sickelmann geht auf die Fahrradständer auf dem Alten Markt ein; ihres Erachtens nach sind die Fahrradständer dort an falscher Stelle geplant. Sinnvoller wären die Fahrradständer vor der Gastronomie angesiedelt. Sie fragt an, ob die Platzierung der Fahrradständer förderliche Gründe hat. Herr Killemann antwortet, dass diese Fahrradständer zum einen die Funktion des Fahrradabstellens haben, aber zum anderen als optische Barriere dienen, um den Platz von Fahrzeugen freizuhalten. Mitglied Sickelmann ist der Auffassung, dass man die optische Barriere auch durch Anlage von Grün erreicht

Mitglied Reintjes fragt nach, ob das angesprochene Thema hinsichtlich der Mülltonnen bei dem heutigen Beschluss mitbeschlossen wird oder separat behandelt wird. Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass man diesbezüglich mit den Anwohnern Gespräche dahin gehend sucht, ob es Möglichkeiten gibt, die Mülltonnen in der jeweiligen Immobilie unterzubringen. Sollte dies nicht der Fall sein wäre als einzige Lösung die Errichtung eines Sammelplatzes denkbar, da in unmittelbarer Umgebung keine Möglichkeiten vorhanden sind. Diese Verfahrensweise würde in heutiger Sitzung so beschlossen werden.

Vorsitzender Lang lässt nunmehr gemäß dem Antrag von Mitglied Spiertz über jeden Punkt einzeln abstimmen.

1. Auf dem Alten Markt soll annähernd die gleiche Anzahl von Parkplätzen entstehen wie heute legal möglich (ca. 20).

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

2. Die Parkplätze auf dem Alten Markt sollen aus der Fahrtrichtung Steinstraße erreichbar sein. Hier soll die Fahrbahn vom Fischerort kommend auf der Platzfläche des Alten Marktes im 2-Richtungsverkehr befahren werden können.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

3. Die Busse für den „Hell-Steiger“ sollen den Alten Markt aus Fahrtrichtung Steinstraße anfahren. Am Fahrbahnrand zum Alten Markt wird eine Bushaltespur angelegt, um die Fahrgäste ein- und aussteigen zu lassen, aber dort nicht zu parken.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4. Am Fischerort soll die Parkzone an der Nordseite der Fahrbahn in Schrägaufstellung angelegt werden.
Entlang der Häuserzeile südlich der Fahrbahn soll tagsüber das Be- und Entladen möglich bleiben und ab den Abendstunden das Parken erlaubt sein.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

5. Die Fahr- und Parkflächen am Fischerort sowie die Gehwegflächen entlang der südlichen Häuserzeile sollen in Betonpflaster verlegt werden.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

6. Für die Tempelstraße gelten die gleichen Gestaltungskriterien wie für den Fischerort

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

7. Die Flächen Christoffelstraße sowie die Gehwegflächen entlang der Häuser Fischerort 4-6 sowie Vorflächen zum Alter Markt 15-16 (Meenen) sollen in dem Material entsprechend der Leistungsbeschreibung der Ausschreibung Fußgängerzone Kaßstraße ausgeführt werden.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

Nunmehr lässt Vorsitzender Lang über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt den Planungen zu den Baumaßnahmen in der Innenstadt - Christoffelstraße, Fischerort und Alter Markt - zu und beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme durchzuführen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 05 - 14 0385/2006 **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr"**

Mitglied Tepsäß schlägt vor, dass die in Frage stehenden Haushaltsstellen fraktionsweise durchgesprochen werden.

Mitglied Spiertz kann sich dieser Vorgehensweise anschließen. Er merkt jedoch an, dass sich seine Fraktion, da der Tagesordnungspunkt 7 abgesetzt ist, bei der Verabschiedung des Haushalts enthalten wird.

Mitglied K.-H. Bongers verlässt um 18.45 Uhr vor der Abstimmung die Sitzung.

Anfragen der SPD-Fraktion, gestellt von Mitglied Tepsäß

S. 353, HhSt. 3.630.9586 - Radweg auf der Deichkrone Vrsasselt -Dornick-Praest-

Mitglied Tepsäß bittet die Verwaltung um einen schriftlichen Ablauf bis zur Sitzung des Haupt und Finanzausschusses über das bereits Geschehene für die Fraktionen in dieser Thematik. Die Verwaltung sagt dies zu.

S. 353, HhSt. 3.630.9670 - Aufhebung Bahnübergang Löwentor -

Mitglied Tepsäß fragt an, ob es sich bei dem Betrag des Ergebnisses der Jahresrechnung (33.974,70 €) um die 3 Varianten handelt. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht.

Ferner stellt er fest, dass der Betrag von 100.000,00 € im Jahre 2005 nicht verbraucht wurde. Hierauf antwortet Herr Siebers, dass dies der Ansatz aus dem Vorjahr ist und nicht die Entwicklung wiedergibt. Die 90.000,00 € im Haushaltsansatz 2006 beziehen sich auf das Gesamtkonzept.

Mitglied Tepsäß führt aus, dass man sich mit diesem Thema bereits über Jahrzehnte auseinandersetzt. Frage ist, ob man es sich jedes Jahr erneut leisten kann, Planungskosten in den Haushalt einzustellen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass es in der Politik den Beschluss bezüglich einer Variante gegeben hat. Die Vorplanung hat stattgefunden. Nunmehr befindet man sich in dem Verfahren, um letztendlich das Planfeststellungsverfahren betreiben zu können. Hierfür sind Arbeiten notwendig, wo man einen Betrag von 90.000,00 € für Planungskosten in den Haushalt gestellt hat. Herr Kemkes ergänzt, dass die Stadt Emmerich derzeit dabei ist, mit der Bahn eine Planungsvereinbarung zu erstellen. Seitens der Bahn wurde signalisiert, dass im März mit einem Entwurf der Planungsvereinbarung zu rechnen sei. Dort werden zunächst die Planungskosten bis zur Planfeststellung durch beide Beteiligten getragen (Bahn und Stadt). Nach der Planfeststellung werden im Rahmen der Baukostensituation diese Planungskosten zu Teilkosten der Kreuzungsvereinbarung. Ziel ist, dass sowohl die Fußgängerunterführung und die eigentliche PKW-Unterführung auf Basis des Ratsbeschlusses angegangen wird. Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt ergänzend mit, dass, sobald der Entwurf der Planungsvereinbarung vorliegt, ein Sachstandsbericht für das weitere Planungsverfahren im Ausschuss für Stadtentwicklung erfolgt.

**S. 371, HhSt. 3.790.3610 - Landeszuweisung Bahnsteig Elten -
HhSt. 3.792.9610 - Errichtung eines Bahnsteiges -**

Mitglied Tepasß fragt nach, wie hier der Stand der Dinge ist. Bürgermeister Diks teilt mit, dass er in der vergangenen Woche ein Gespräch mit der Bezirksregierung geführt hat. Sowohl der prognostizierte Zeitanatz als auch die notwendigen Kosten für die Errichtung eines Bahnsteiges können so nicht gehalten werden. Die Maßnahme würde ca. 1 Jahr benötigen und die Kosten hierfür würden sich auf ca. 250.000,00 € bis 350.000,00 € belaufen. So kurzfristig ist dies jedoch aufgrund der Kostenentwicklung nicht zu realisieren, sodass die bereits erfolgte Landeszuweisung zurückgezahlt werden müsste.

Anfragen der Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich , gestellt von Mitglied Spiertz

S. 262, 4. Leistungsmengen/Kennzahlen

Mitglied Spiertz teilt für seine Fraktion mit, dass man sich mit der Aussage der Verwaltung nicht ganz zufrieden gibt. Die Leistungs- und Kennzahlen dürften durchaus zu ermitteln sein. Hierauf teilt Herr Siebers mit, dass sicherlich die Leistungs- und Kennzahlen mitgeteilt werden können, sofern denn ein bestimmter Bereich angesprochen wird.

S. 264, HhSt. 1.116.4140 - Dienstbezüge u. dgl. Tarifliche Beschäftigte -

S. 270, HhSt. 1.116.4140 - Erläuterungen -

Mitglied Spiertz stellt fest, dass der Aufwand der Dienstbezüge bei 14,8 %. Im Haushalt ist zu lesen, dass eine Politesse 18.900,00 € mehr Aufwand einzusetzen ist, da sie mehr Stunden aufbringen muss, um in den Außenbereichen zu kontrollieren. Die Mehreinnahmen belaufen sich dadurch auf 22.000,00 €. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass eine Politesse auf Zeit für eine bestimmte Stundenzahl eingestellt wird. Bürgermeister Diks teilt mit, dass diese Anregung für die Zukunft aufgenommen wird.

S. 269, HhSt. 3.680.5210 - Unterhaltung Parkscheinautomaten -

HhSt. 3.680.6790 - Innere Verrechnungen -

Mitglied Spiertz teilt mit, dass dort Ausgaben für Parkscheinautomaten generiert werden. Vielleicht könnte man beim Bereich Wirtschaftsförderung - Sponsoring - fragen, ob Emmericher Firmen bereit sind, das Papier so zu bewerben, das die Bürger einen Bonus (z. B. in Art von 1 Brötchen, Einkaufsgutschein etc.) erhalten.

S. 353, HhSt. 3.630.9584 - Erneuerung Wassenbergstraße -

S. 356, HhSt. 3.630.9584 - Erläuterungen -

Mitglied Spiertz fragt an, ob es sich hierbei um die Querungshilfe handelt, die bereits vorhanden war. Herr Kemkes erläutert, dass angedacht ist, in dem Bereich, wo heute die Schülerlotsen eingesetzt sind, eine Querungshilfe einzurichten. Da es sich hierbei um eine Landesstraße handelt, wurde dies bislang immer vom Landesbetrieb Straßenbau verhindert. Nunmehr ist es eine Stadtstraße, sodass man diese Querungshilfe einrichten könnte.

S. 353, HhSt. 3.630.9592 - Radweg Nollenburger Weg -

S. 356, HhSt. 3.630.9592 - Erläuterungen -

Auf Wortäußerung von Mitglied Spiertz, eine Arbeitskraft einzustellen, teilt Herr Kemkes mit, dass es sich hier um die Fertigung eines Einplanungsantrages handelt. Dieser wird Grundlage für die Bezuschussung in späteren Jahren; wobei noch nicht absehbar ist, wann dies sein wird. Würde eine Arbeitskraft eingestellt werden, hätte sie im ersten Jahr entsprechend Arbeit, aber danach schlimmstenfalls einige Jahre bis zur Realisierung der Maßnahme zu überbrücken.

S. 358, HhSt. 3.631.9512 - Umgestaltung Neumarkt -**S. 361, HhSt. 3.631.9512 - Erläuterungen -**

Mitglied Spiertz führt aus, dass den Erläuterungen zu entnehmen ist, dass der Ansatz von 100.000,00 € auch im Jahr 2006 nicht benötigt wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, wenn man sicher sein könnte, dass im Jahre 2006 diesbezüglich nichts läuft, hätte man sicherlich im Ansatz 0,00 € stehen; aber dies ist leider nicht der Fall. Problem ist, dass die Frage des Neumarktes von verschiedenen Aspekten abhängig ist, welche sich auch immer kurzfristig ergeben können. Verwaltungsseitig geht man davon aus, dass man mit dem Projekt im Jahre 2006 beginnen könnte.

Anfragen der FPD-Fraktion, gestellt von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag des Ortsvorstehers von Praest, einen Kinderspielplatz im Neubaugebiet Praest „Raiffeisenstraße“ einzurichten, unterstützt.

S. 426, 211-217 - Grundschulen -**S. 434, Einzelplan Schulen - Erläuterungen -**

Mitglied Kukulies teilt mit, dass 99.000,00 € für bauliche Maßnahmen an den Grundschulen vorgesehen sind. Dieser Betrag wird ausschließlich für die Instandsetzung des Daches der Martini-Grundschule angesetzt. Er regt an, bei der Luitgardis-Grundschule den Toilettenbereich zu sanieren.

Anfragen der CDU-Fraktion, gestellt von Mitglied ten Brink**S. 336, HhSt. 3.460.9500 - Errichtung von Kinderspielplätzen -**

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, zusätzlich 5.000,00 € für die Errichtung eines Kinderspielplatzes im Baugebiet „Raiffeisenstraße“ mit Sperrvermerk einzustellen. Herr Baumgärtner erwidert, dass ein Sperrvermerk nicht notwendig ist.

Mitglied Tepas ist der Meinung, dass man solche Anträge mit der Spielplatzkommission besprechen sollte.

Mitglied Spiertz wirft ein, dass es nicht sein kann, für einen Picknicktisch 7.500,00 € auszugeben. Hierauf erwidert Herr Baumgärtner, dass der Betrag von 7.500,00 € für den gesamten Bedarf an Spielgeräten für den Kinderspielplatz „Laarfeldweg“ in Hüthum eingestellt wurde. Die Kosten für den Picknicktisch belaufen sich auf ca. 300,00 €.

S. 353, HhSt. 3.630.9592 - Radweg Nollenburger Weg -**S. 356, HhSt. 2.639.9592 - Erläuterungen -**

Mitglied ten Brink wirft ein, dass sich der Radweg auf der Seite des Freizeitbades in Richtung „s-Heerenberger Straße“ in einem katastrophalen Zustand befindet und nicht verkehrssicher ist. Der Radweg müsste durch entsprechende Unterhaltungsmaßnahmen verkehrssicher saniert werden, was durchaus vom Bauhof erledigt werden könnte. Hierauf teilt Herr Kemkes mit, dass dies so mit dem Baubetriebshof besprochen ist. Bei der Prüfung hat sich herausgestellt, dass aufgrund des Unterbaus ein kompletter Neubau sinnvoll wäre. In der Übergangszeit bis zur endgültigen Realisierung des Neubaus muss sicherlich etwas passieren, d. h. es werden provisorische Maßnahmen durchgeführt, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

**S. 371, HhSt. 3.793.3610 - Landeszuweisung Bahnsteig Elten -
HhSt. 3.792.9610 - Errichtung eines Bahnsteiges -**

Mitglied ten Brink regt für seine Fraktion an, den Differenzbetrag von 40.000,00 € der beiden obigen Haushaltsstellen mit einem Sperrvermerk zu versehen. Mitglied Sloot führt ergänzend aus, dass in Elten ergänzend zum Projekt Bahnsteig noch andere Projekte anstehen, wie z. B. Erneuerung „Eltener Markt“. Es ist geplant, im Innenbereich den Markt neu zu pflastern und im Randbereich die alten Steine zu verwenden. Ihre Fraktion ist jedoch der Auffassung, dass der gesamte „Eltener Markt“ neu gepflastert werden sollte, in Anlehnung an die Optik des neu gepflasterten Raiffeisenplatzes in Elten. Auf weitere Wortäußerung von Mitglied Sloot teilt Herr Baumgärtner mit, dass seitens der Verwaltung noch der Förderantrag für den Abschnitt „Georgstraße“ gestellt werden muss. Bei der Begehung „Unser Dorf soll schöner werden“ im Ortsteil Hüthum wurde angeregt, die angrenzenden Straßen ebenfalls in ein Förderprogramm aufzunehmen. Aus diesem Grund beabsichtigt die Verwaltung mit dem Leiter des Landesamtes für Agrarordnung nach Karneval einen Termin zu vereinbaren, wo auch über die Neugestaltung des „Eltener Marktes“ gesprochen werden soll. Würde man es ins Förderprogramm aufnehmen, heißt es nicht zwangsläufig, dass eine Förderung bereits im Jahre 2006 zu erwarten ist.

Bürgermeister Diks führt aus, dass derzeit die 2-jährige Probephase Emmerich-Arnheim für das Wochenende läuft. Diese Probephase ist von der Bezirksregierung Düsseldorf zunächst für 1 Jahr mit der Bezuschussung genehmigt. Nach Ablauf des ersten Jahres müssen Fahrgastzahlen vorgelegt werden, um zu entscheiden, ob für das 2. Jahr die öffentlichen Mittel für die weitere Probephase fließen. In der Zwischenzeit muss die Antwort für das Hauptgutachten vorliegen, ob eine Zugverbindung Emmerich-Arnheim an 7 Tagen in der Woche notwendig ist. Wäre dies der Fall ist es seines Erachtens zwingend notwendig, über den Haltepunkt Elten nachzudenken. In der eigentlichen Probephase macht dies allerdings keinen Sinn.

Mitglied Sickelmann wirft ein, dass man für diese Verbindung in der Öffentlichkeit mehr werben sollte. Bürgermeister Diks teilt mit, dass man diesbezüglich sowohl seitens der Wirtschaftsförderung als auch der niederländischen Seite tätig ist. Es stehen ca. 10.000,00 € sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite für marketingtechnische Begleitmaßnahmen zur Verfügung. Diese Maßnahmen werden kurzfristig umgesetzt werden.

Mitglied Kukulies teilt für seine Fraktion mit, dass man dem Bahnsteig Elten positiv gegenüber steht. Dennoch wünscht er in naher Zukunft einen Sachstandsbericht bezüglich Lobith.

Bürgermeister Diks teilt zur Verständigung mit, dass der Bahnhof seinerseits für das Haushaltsjahr 2006 erledigt ist. Im Haushalt waren 40.000,00 € für diese Maßnahme vorgesehen, die nunmehr zur Verfügung stünden. Nach den Vorstellungen der CDU sollen diese Mittel nun für die Umgestaltung des Eltener Marktes verwandt werden.

Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gestellt von Mitglied Sickelmann

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass sie dieser Vorlage nicht zustimmt. Einzelheiten werden auf direktem Wege mit der Verwaltung geklärt. Hinsichtlich der Zielbeschreibungen „Innenstadt“ an der Autobahn wird seitens ihrer Fraktion angeregt, ein Konzept vorzulegen.

Auf weitere Anfrage teilt Herr Kemkes mit, dass die Mittel in Höhe von 100.000,00 € beim Bahnübergang Sonderwykstraße für die Ersatzmaßnahmen „beleuchteter Geh- und Radweg Tichelkamp“ eingestellt wurden. Dies allerdings immer unter dem Aspekt, dass die Stadt mit der Bahn darüber verhandelt, dass im Zuge der Aufhebung des Bahnüberganges eine Ersatzlösung kommen muss. Mitglied Sickelmann regt an, dass im derzeitigen Konzept für die integrierte Gesamtverkehrsplanung der Bahnübergang Lobither Straße enthalten sein muss.

Auch die Notwendigkeit über die Einrichtung des Parkplatzes „Hinter dem Engel“ wird seitens ihrer Fraktion in Frage gestellt. Bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses behält sich die Fraktion vor, entsprechende Anträge zu stellen.

S. 343, HhSt. 3.580.3500 - Ausgleichsbeträge für naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen -

Auf Anfrage von Mitglied Sickelmann, ob der Ansatz von 5.000,00 € nicht zu niedrig sei, antwortet Herr Siebers, dass der Grundstückserlös in Höhe von 2 Mio. Euro nicht unbedingt etwas damit zu tun hat, ob Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen sind. Wird z. B. ein städtisches Grundstück im Gewerbegebiet verkauft, so erfordert das keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, da keine Umplanung stattfindet.

Vorsitzender Lang lässt nunmehr über den Beschlussvorschlag abstimmen, der unter anderem folgende Änderungen gegenüber dem vorliegenden Entwurf beinhaltet. Das sind im einzelnen:

- | | | |
|----|---|---|
| a) | HhSt. 3.460.9500: | Aufstockung des im Haushaltsplan angesetzten Betrages in Höhe von 5.000,00 € auf nunmehr 20.000,00 €. |
| b) | HhSt. 3.630.9538:
(Erneuerung Alter Markt) | Der Differenzbetrag in Höhe von 40.000,00 € der beiden HhSt. 3.793.3610 (Landeszuweisung Bahnsteig Elten) und HhSt. 3.792.9610 (Errichtung eines Bahnsteiges) soll für die Neugestaltung des Eltener Marktes verwendet werden. Der Betrag soll jedoch mit einem Sperrvermerk versehen werden. |

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 500 auf 524.506,00 € im Verwaltungshaushalt fest und beschließt die Haushaltsansätze des Fachbereiches 5 im Vermögenshaushalt.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 7 Enthaltungen

**5 06 - 14 0386/2006 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 6 "Bauen und Umwelt"**

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmt. Etwaige Nachfragen hierzu werden ebenfalls auf dem kleinen Dienstweg geregelt

Mitglied Spiertz schließt sich für seine Fraktion der Wortäußerung von Mitglied Sickelmann an.

Auch Mitglied Kukulies schließt sich für seine Fraktion der Wortäußerung von Mitglied Sickelmann an.

Anfragen der SPD-Fraktion, gestellt von Mitglied Tapaß

S. 289, HhSt. 1.792.5710 - Projektkosten Eisenbahnverbindung Arnheim -Emmerich -

Auf Anfrage von Mitglied Tapaß erklärt Herr Siebers, dass die Kosten in Höhe von insgesamt 300.000,00 € anteilmäßig mit 2/3 auf das Haushaltsjahr 2006 und 1/3 auf das Haushaltsjahr 2007 verteilt wurden.

S. 368, HhSt. 3.752.9881 - Zuschuss zum Neubau einer Friedhofshalle -

Auf Anfrage von Mitglied Tapaß teilt Herr Siebers mit, dass es im Jahre 2005 nicht zur Auszahlung gekommen ist. Die Mittel wurden somit in das Haushaltsjahr 2006 eingestellt. Der Zuschuss wird nur einmalig gezahlt.

**Anfrage der CDU-Fraktion, gestellt von Mitglied ten Brink
S. 286, HhSt. 1.590.5110 -Naturerlebnis-Umweltbildung -**

Auf Anfrage von Mitglied ten Brink erklärt Bürgermeister Diks, dass man vor einiger Zeit beim Naturschutzzentrum Rees-Bienen gewesen sei. Dort hat man sich das Zentrum zeigen lassen und Gespräche geführt, ob zukünftig mehr gemeinsam erarbeitet werden könnte. Der Mittelsatz in Höhe von 5.000,00 € wird demnach in die Kooperation mit dem Naturschutzzentrum Rees-Bienen einfließen; im Hinblick darauf, dass sich sowohl die Stadt Emmerich als auch die Stadt Rees und der Kreis Kleve bestimmter Dienstleistungen des Naturschutzzentrums Rees-Bienen bedient. Seitens der Stadt Emmerich am Rhein wird eine Partnerschaft in Form einer Rahmenvereinbarung angestrebt. Die detaillierte Planung wird bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachgereicht. Die Nachfrage von Mitglied ten Brink, ob der Deich mit dem Rad befahrbar wird, wird seitens von Bürgermeister Diks bejaht.

Vorsitzender Lang lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 130 (Feuerwehr) auf 378.742,00 € sowie für das Budget 600 (restliche Maßnahmen des Fachbereiches 6) auf 600.899,00 € im Verwaltungshaushalt fest und beschließt die Haushaltsansätze des Fachbereiches 6 im Vermögenshaushalt.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

- 6 05 - 14 0390/2006 61. Änderung des Flächennutzungsplanes - Darstellung einer Sonderbaufläche „Einzelhandel mit Wohnungen“ und 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 17/1 - Hafestraße - ;
hier: 1) Bericht zu den durchgeführten Beteiligungen der Öffentlichkeit und den Beteiligungen der Behörden
2) Beschlüsse zu den Offenlagen**

Mitglied Tepaß stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Zu I) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregungen von Herrn Tenhaeft mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu II.I) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, einen Hinweis auf die im Änderungsbereich liegenden zu verlegenden Trassen der Deutschen Telekom AG in die textlichen Festsetzungen und die Begründung zur Bebauungsplanänderung aufzunehmen.

Zu II.II) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, einen entsprechenden Hinweis in die Begründung zur FNP-Änderung, die textlichen Festsetzungen und die Begründung zur B-Plan-Änderung aufzunehmen.

Zu II.III) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den Zu- und Abfahrtbereich für den geplanten Einzelhandelsbetrieb durch zeichnerische Festsetzung in der Bebauungsplanänderung an der Mennonitenstraße in einem Abstand von ca. 30 m zum Fahrbahnrand der B 8 festzulegen.

Zu II.IV) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Empfehlungen des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes als Hinweise in die textlichen Festsetzungen und die Begründung zur B-Plan-Änderung aufzunehmen.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Entwürfe zur 61. Änderung des Flächennutzungsplanes und zur 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 17/1 - Hafensstraße - als Offenlegungsentwürfe und beauftragt die Verwaltung, die öffentlichen Auslegungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

7 05 - 14 0403/2006 62. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend Darstellung der Rheinpromenade als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Rheinpromenade“ und 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. E 18/9 -Rheinpromenade / Steinstraße-;
hier: 1) Bericht zur frühzeitigen Öffentlichkeits - und Behördenbeteiligung
2) Beschluss zur Offenlage

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt und wird in der Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 02.03.2006 behandelt.

8 05 - 14 0398/2006 Parksituation Fischerort und Alter Markt ;
hier: Eingabe von Herrn W. Evers

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Eingabe von Herrn W. Evers mit den Ausführungen der Verwaltung zurückzuweisen.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

9 05 - 14 0397/2006 Ausbauplanung Fischerort ;
hier: Eingabe von Herrn Raimund Brömmel

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Eingabe von Herrn Raimund Brömmel mit den Ausführungen der Verwaltung zurückzuweisen.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 10 05 - 14 0400/2006 Verkehrslenkung im Zuge der Baumaßnahme
„Wassertor“ ;
hier: Eingabe von Herrn Werner Steyer und
Frau Helga Steyer**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Eingabe von Herrn Werner Steyer und Frau Helga Steyer mit den Ausführungen der Verwaltung zurückzuweisen.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 11 05 - 14 0402/2006 Verkehrsführung in Praest ;
hier: Eingabe des Ortsvorstehers Herrn Wilh . Nakath**

Der Ortsvorsteher, Herr Nakath, kann die Begründung zur Ablehnung nicht nachvollziehen. Laut Verwaltung sollte die bisherige Verkehrsführung bis zur Fertigstellung der Unterführung beibehalten werden. Bis es allerdings soweit ist, muss etwas passieren.

Dass der Bahnweg aus Sicherheitsgründen ausgespart wurde kann er ebenfalls nicht nachvollziehen. Bei den Überlegungen hinsichtlich der Aufhebung der schienengleichen Bahnübergänge im Jahre 1986 hätte sowohl der 1. Bauabschnitt (Löwentor) als auch der 2. Bauabschnitt schon abgeschlossen sein können. Vom Bahnweg war zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede; er hätte nicht angeschlossen werden können, da die jetzige Straße „Praestsches Feld“ abgesenkt worden wäre.

Ferner geht die Verwaltung auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer in der Grünen Straße ein. Es geht jedoch nicht alleine um die Verkehrsführung und die Baufahrzeuge sondern um den Gesamtverkehr. Dieses Baugebiet ist von nicht unerheblicher Größe, d. h. es wird ein Mehrverkehr an PKW's zu erwarten sein, der entsprechend abgeleitet werden muss. Der Hinweis, am Bahnweg würden sich Bushaltestellen befinden, stellt für ihn keinen Hinderungsgrund dar, den Verkehr abzuleiten.

Auch der Hinweis auf den derzeitigen Ausbauzustand des Bahnweges kann er nicht nachvollziehen. Verwaltungsseitig wird auf den dauerhaft zusätzlichen Unterhaltsaufwand hingewiesen. Reparatur- oder Unterhaltsaufwand wird aber immer anfallen.

Auch dem Aspekt, dass sich bei einer Öffnung des Bahnweges der PKW-Verkehr im Bereich der Raiffeisenstraße erhöht und dadurch die Fußgänger und Radfahrer unnötig gefährdet werden, kann er nicht zustimmen. Der eigentliche Plan der Unterführung sieht die Ableitung des Verkehrs unter die Bahn in Richtung Raiffeisenstraße vor. Die jetzige Anbindung der Straße „Praestsches Feld“ an den Bahnweg ist als Baustraße angelegt, was auch ausreichend ist, da sie im Zuge der Unterführung aufgehoben würde.

Hinsichtlich der geplanten Anordnung der Verkehrszeichen „Vorgeschriebene Fahrtrichtung links“ und „nur für LKW“ spricht er Bedenken aus. Für die Bürger, die in dieser vorgeschriebenen Fahrtrichtung wohnen, würde das bedeuten, dass keine Entzerrung sondern eine Bündelung von Verkehr auf der Straße stattfindet. Eine Entzerrung erreicht man nur dadurch, dass jedem PKW-Fahrer die Richtungswahl frei bleibt.

Herr Kemkes erläutert, dass man es mit einem rechtskräftigen Bebauungsplan zu tun hat, der die verkehrlichen Festsetzungen enthält; u. a. Beseitigung des Bahnübergangs Raiffeisenstraße und Ersatzlösung mit einer Unterführung. Die seinerseits angelegte Baustraße diene auch zur Aufnahme des Baustellenverkehrs, um die Grüne Straße zu entlasten. Der Bahnweg ist noch nie ausgebaut worden; besitzt eigentlich den Charakter eines Wirtschaftsweges. Für die zusätzlichen Verkehrsbelastungen - auch LKW-Belastung - ist der Bahnweg nicht entsprechend ausgebaut. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung dafür entschieden, diese Verkehre über die Straßen zu führen, die dafür ausgebaut sind. Der Bahnweg sollte für die Erschließung des Baugebietes nie eine Funktion erhalten, sondern durch die neue Unterführung soll die Anbindung an die B 8 erfolgen.

Mitglied ten Brink macht deutlich, dass die geplante Unterführung noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Bis es so weit ist, muss verwaltungsseitig eine Lösung gefunden werden.

erste Möglichkeit: von der B 8 in die Raiffeisenstraße über den Bahnübergang links in die Schwester-Bertranda-Straße und dann Praestsches Feld

zweite Möglichkeit: über den Bahnübergang von-der-Recke-Straße weiter parallel zur Bahn über den Bahnweg und dann über die Baustraße

dritte Möglichkeit: über den Bahnübergang von-der-Recke-Straße bis zur Grünen Straße und dann in Praestsches Feld

Problem hierbei ist, dass die Grüne Straße so schwach ausgebaut ist und einseitig ein Entwässerungsgraben vorhanden ist. Die Bordsteinkante ist bereits jetzt defekt. Die Straße reißt auf lange Abschnitte durch den Schwerlastverkehr. Kostengünstiger und sinnvoller wäre es, den Bahnweg entsprechend verkehrssicher herzurichten.

Mitglied Tapaß gibt zu bedenken, dass 800.000,00 € für den Ausbau der Straße nicht ausreichen werden. Er teilt für seine Fraktion mit, dass man der Verwaltungsvorlage zustimmt.

Der Ortsvorsteher Herr Nakath teilt ergänzend mit, dass durch das Baugebiet „Praestsches Feld“ nicht nur die Grüne Straße, sondern auch die Rosenstraße, Tulpenstraße, Nelkenstraße in Mitleidenschaft gezogen werden; diese Straßen sind definitiv nicht für Schwerlastverkehr geeignet.

Mitglied Spiertz versteht die Vorlage so, dass die Ausführung der Verwaltungen lediglich zur Kenntnis genommen werden soll. Er macht den Vorschlag, dass die Verwaltung die Anregungen und Vorschläge aufnimmt und in einer nächsten Sitzung erneut zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Mitglied Kremer macht den Vorschlag, vor der nächsten Sitzung eine Ortsbesichtigung durchzuführen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht deutlich, dass sich in der Auffassung der Verwaltung auch in der nächsten Ausschusssitzung nichts ändern wird. Sollte etwas anderes gewünscht werden, müsste zum ersten der Bebauungsplan geändert werden, zum zweiten der Bahnweg ausgebaut werden und zum dritten müsste man sich Gedanken über die Baustraße machen. Dies wäre mit erheblichen Kosten - auch für die Bürger - verbunden.

Mitglied Segelken fasst zusammen, dass sich der Ausschuss darüber einig ist, den Tagesordnungspunkt in einer nächsten Ausschusssitzung mit vorheriger Ortsbesichtigung zu behandeln.

Mitglied Gorgs verlässt um 19.30 Uhr vor der Abstimmung die Sitzung.

13 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen liegen keine vor.

Anfragen

1. Defekte Steine Rheinpromenade;
hier:Anfrage von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies weist darauf hin, dass in dem neuen Pflaster der Rheinpromenade defekte Steine verlegt wurden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass im Rahmen der Abnahme die Mängel festgehalten und behoben werden.

14 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Bürger anwesend.

Vorsitzender Lang schließt die öffentliche Sitzung um 19.50 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin